

Drucken

http://www.focus.de/regional/baden-wuerttemberg/bildung-paedagogin-fordert-integrationsplan-fuer-den-suedwesten_id_3483896.html

Bildung

Experten uneins über landesweiten Integrationsplan

Montag, 16.12.2013, 06:33



dpa/Marc Müller Integrationspolitiker Daniel Lede Abal (Grüne).
Baden-Württemberg fehlt aus Sicht mancher Experten ein landesweiter Integrationsplan.

„Wir brauchen eine politische Steuerung der Thematik Integration“, sagte die Heidelberger Migrationspädagogin Havva Engin der Nachrichtenagentur dpa anlässlich einer Bildungskonferenz mit dem Schwerpunkt Integration am Montag in Mannheim. „Wir brauchen institutionalisierte Strukturen, die bündeln, was in den Bereichen Arbeit, Soziales und Bildung passiert.“ Ein Integrationsplan könne die Kommunen entlasten. Grünen-Integrationspolitiker Daniel Lede Abal zeigte sich grundsätzlich aufgeschlossen für die Idee eines solchen Planes - Kommunen und Migrantenverbände müssten aber einbezogen werden, sagte er. „Es spricht aus meiner Sicht nichts gegen einen Integrationsplan.“ Es gebe sehr unterschiedliche Niveaus bei der Integrationsarbeit der Kommunen. „Wichtig wäre, dass sich die Kommunen auf landesweit wichtige Ziele verständigen, damit nicht jede von ihnen irgendwas macht.“

Das Integrationsministerium reagierte zurückhaltend auf Engins Vorschlag. „Wir unterstützen die Kommunen bei ihrer Integrationsarbeit und beim Aufbau von Strukturen, wir vertrauen aber auch auf ihre Eigenverantwortung“, sagte ein Ministeriumssprecher. „Wir wollen den Kommunen nicht sagen, wie Integration zu funktionieren hat - das muss jede Kommune für sich selbst erarbeiten.“ Das Ministerium arbeite

stattdessen an einem Partizipations- und Integrationsgesetz, um Teilhabe und Chancengerechtigkeit in Baden-Württemberg zu verbessern.

Auch Integrationsexperte Gerhard Mauch vom Städtetag pocht auf die Eigenständigkeit der Kommunen. Er hält einen Integrationsplan höchstens auf kommunaler Ebene für sinnvoll, nicht aber landesweit. Der Vorschlag sei außerdem unrealistisch, da dem Land schlicht das Geld für eine Umsetzung fehle. Vor Grün-Rot gab es einen Integrationsplan, der 2008 beschlossen wurde. Vorgesehen waren unter anderem verbindliche Sprachtests vor der Einschulung und Zielvereinbarungen zwischen Bildungseinrichtungen und Eltern.

Für einen neuen Integrationsplan wäre aus Sicht der Pädagogin Engin zunächst eine Bestandsaufnahme nötig: Wie ist die Situation in den einzelnen Kommunen? Was ist nötig, was möglich? „Das ist sehr individuell je nach Kommune“, sagte Engin, die das Heidelberger Zentrum für Migrationsforschung und Transkulturelle Pädagogik leitet. Das Ministerium könnte als Koordinator zunächst Handlungsempfehlungen geben. Später werde analysiert, welche Empfehlungen umgesetzt worden seien - und wieso manches nicht funktioniert habe.

„Ich meine das nicht im Sinne von Kontrolle, sondern im Sinne einer realistischen Einschätzung.“ Ziel sei es auch, Kommunen Argumentationshilfen an die Hand zu geben. „Die Transparenz würde uns helfen, sachliche Diskussionen zu führen“, sagte Engin. Ein Integrationsplan könne auch helfen, Projekte sinnvoll miteinander zu verbinden und Doppelarbeit zu vermeiden.

Einen guten Ansatz verfolge hier die Stadt Mannheim, die am Montag Eckpunkte ihres Entwicklungsplans „Bildung Integration“ präsentierte. Der Plan soll durch langfristige Planung erreichen, dass Mannheimer Migrantenkinder dieselben Bildungschancen haben wie deutschstämmige junge Menschen. Dabei geht es vor allem darum, verschiedene Maßnahmen und Projekte miteinander zu verzahnen. Die kommunale Bildungspolitik soll auf überprüfbare Ziele hin ausgerichtet werden.

Migrationsforscher Klaus Bade lobte, dass der Plan vor allem auch soziale Milieus in den Blick nehme. „Wir müssen weg von einer Integrationspolitik nur für Migranten und hin zu einer Gesellschaftspolitik der Teilhabe für alle“, sagte er. „Es geht um soziale Probleme und nicht nur um Integrationsprobleme.“

dpa

Drucken

© FOCUS Online 1996-2013

Fotocredits:

dpa/Marc Müller

Alle Inhalte, insbesondere die Texte und Bilder von Agenturen, sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur im Rahmen der gewöhnlichen Nutzung des Angebots vervielfältigt, verbreitet oder sonst genutzt werden.